

An den Vorsitzenden der AG 5
Gesundheit und Pflege
Herrn Karl-Josef Laumann, MdL

Per E-Mail:
karl-josef.laumann@landtag.nrw.de

Präsidentin der Deutschen Gesellschaft
für Psychologie (DGPs) e.V.
Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Marienstr. 30
10117 Berlin
E-Mail: praesidentin@dgps.de

Vorsitzender des Fakultätentages
Psychologie (FTPs)
Prof. Dr. Conny Herbert Antoni
Universität Trier
Universitätsring 15
54296 Trier
E-Mail: antoni@uni-trier.de

Amtsgericht Berlin
VR 35794 B

Berlin, den 23.03.2025

Betreff: Evidenzbasierte Empfehlungen aus der psychologischen Forschung für die Koalitionsverhandlungen der Arbeitsgruppe 6 Gesundheit und Pflege

**Mit Psychologie Gesellschaft stärken:
Psychische Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und
psychotherapeutische Versorgung sichern**

Sehr geehrte Herr Minister Laumann, sehr geehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe 6,

wir begrüßen ausdrücklich, dass die zukünftigen Koalitionsparteien im Sondierungspapier eine zukunftsfeste und für alle zugängliche Gesundheitsversorgung anstreben. Aus Sicht der psychologischen Forschung ist dabei klar: **Psychische Gesundheit** gehört ins Zentrum einer nachhaltigen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik – im Sinne einer *Mental Health in and for All Policies-Strategie*. Als Vertreterinnen und Vertreter der **Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs)** und des **Fakultätentages Psychologie (FTPs)** möchten wir Ihnen zwei Handlungsfelder mit konkreten Empfehlungen für die Koalitionsverhandlungen unterbreiten.

1. Psychische Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankern

Psychische Erkrankungen nehmen zu – insbesondere bei jungen Menschen. Die Folgen betreffen Gesundheitssystem, Bildung, Arbeitswelt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Frühzeitige, gut vernetzte und evidenzbasierte Maßnahmen können Belastungen verringern und Versorgungskosten senken. Unsere Empfehlungen:

- **Nationale Strategie für psychische Gesundheit** entwickeln mit Fokus auf Prävention, Frühintervention und digital unterstützten, niedrigschwelligen Versorgungsangeboten.
Formulierungsvorschlag Koalitionsvertrag: „Die Koalition erarbeitet eine nationale Strategie zur Förderung psychischer Gesundheit, mit dem Ziel, Prävention, Frühintervention und digitale Versorgungsangebote evidenzbasiert auszubauen.“
- **Stigmatisierung gezielt abbauen** durch öffentlichkeitswirksame Aufklärungskampagnen, schulische Bildungsinitiativen und medienwirksame Programme.
Formulierungsvorschlag Koalitionsvertrag: „Die Koalition fördert entstigmatisierende Aufklärungskampagnen und Bildungsangebote, um den offenen Umgang mit psychischen Erkrankungen zu stärken.“
- **Suizidprävention gesetzlich verankern**, um suizidpräventive Maßnahmen auszubauen, zu koordinieren und bundesweit den Zugang zu und die Vermittlung in professionelle Hilfsangebote für Menschen in Krisen zu erleichtern.

Formulierungsvorschlag Koalitionsvertrag: „Die Bundesregierung etabliert ein Suizidpräventionsgesetz mit verbindlichen Maßnahmen und niedrigschwelligen Hilfsangeboten.“

- **Psychische Gesundheitsförderung in Schulen und Ausbildungsbetrieben systematisch integrieren** durch
 - **Ausbau der Schulpsychologie** mit flächendeckendem Zugang
 - **Psychologie als Schulfach** zur Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen.
 - **Interdisziplinäre Teams** in Schulen und Kitas
 - **Sensibilisierungsprogramme in Ausbildungsbetrieben**, um mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz frühzeitig umzugehen.

Formulierungsvorschlag Koalitionsvertrag: „Die Koalition baut die schulpsychologische Versorgung aus, fördert psychologische Resilienzbildung im Unterricht und unterstützt Ausbildungsbetriebe beim Umgang mit psychischer Belastung junger Menschen.“

2. Psychotherapeutische Versorgung bedarfsgerecht und nachhaltig sicherstellen

Seit der Reform des Psychotherapeutengesetzes 2020 fehlt eine verlässliche **Regelung zur Finanzierung der fachpsychotherapeutischen Weiterbildung**. Qualifizierter Nachwuchs ist vorhanden, kann aber mangels finanziert Stellen nicht eingesetzt werden. Zugleich muss zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Weiterbildung und Promotion verzahnt werden können.

- **Formulierungsvorschlag Koalitionsvertrag:** „Die Koalition schafft verbindliche gesetzliche Rahmenbedingungen für eine ausreichende Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung in Weiterbildungsambulanzen, Praxen, Medizinischen Versorgungszentren, und Kliniken – einschließlich angemessener Vergütung und Refinanzierung aller Weiterbildungsbestandteile. Zudem schafft sie rechtliche und strukturelle Voraussetzungen für die Verzahnung von psychotherapeutischer Weiterbildung und Promotion.“

Viele psychische Erkrankungen erfordern eine **sektorenübergreifende Versorgung**. Der Aufbau **regionaler Case-Management-Strukturen** kann dazu beitragen, Gesundheits-, Bildungs- und Sozialleistungen besser zu koordinieren und Versorgungslücken zu schließen.

- **Formulierungsvorschlag Koalitionsvertrag:** „Die Bundesregierung fördert modellhafte Case-Management-Strukturen, um Versorgungslücken bei psychischen Erkrankungen durch verbesserte Abstimmung zwischen den Sektoren zu schließen.“

Die **Bedarfsplanung** muss stärker auf die unterschiedlichen Versorgungsrealitäten reagieren – insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche sowie ländliche und strukturschwache Regionen.

- **Formulierungsvorschlag Koalitionsvertrag:** „Die Bundesregierung setzt sich für eine separate Bedarfsplanung für Kinder und Jugendliche sowie eine gezielte Förderung ländlicher und strukturschwacher Regionen ein.“

Für vertiefende Gespräche stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Wir bitten zudem, unsere weiteren Anlagen im Anhang zu beachten. Darüber hinaus können folgende Expertinnen und Experten direkt kontaktiert werden: Prof. Dr. Julia Asbrand (julia.asbrand@uni-jena.de), Prof. Dr. Cornelia Exner (exnerc@uni-leipzig.de). Sehr gerne bringen wir unsere Expertise in politische Entscheidungsprozesse ein, um gemeinsam verantwortungsvoll tragfähige und wirksame Lösungen zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Präsidentin der Deutschen Gesellschaft
für Psychologie

Prof. Dr. Conny H. Antoni
Vorsitzender des Fakultätentags
Psychologie

Anlagen

1 Stellungnahme der DGPs und des FTPs zur Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
https://www.dgps.de/fileadmin/user_upload/PDF/Stellungnahmen/GVSG_Stellungnahme_DGPs_FTPs_Anhoerung_Gesundheitsausschuss20241108.pdf

2 Stellungnahme zum Gesetzesentwurf zur Stärkung der öffentlichen Gesundheit
https://www.dgps.de/fileadmin/user_upload/PDF/Stellungnahmen/Stellungnahme_Referententwurf_BiPAM_Final_20240702.pdf

3 Stellungnahme zu Mehr Psychologie in Schulen
“https://www.dgps.de/fileadmin/user_upload/PDF/Stellungnahmen/DGPs_BDP_Foederative_Stellungnahme_20231909_01.pdf”

4 Stellungnahme zu Kindern und Jugendlichen mit hoher psychischer Belastung
https://www.dgps.de/fileadmin/user_upload/PDF/Stellungnahmen/StellungnahmeDGPs_Psychische_Gesundheit_von_Kindern20230210.pdf

5 Stellungnahme zur sozialrechtlichen Regelung zur Finanzierung der Weiterbildung